

„... ein allerdings zur Zeit sehr schwacher Verbündeter Deutschlands“. Das Auswärtige Amt und die ukrainische Minderheit in der Polnischen Republik 1922–1930

von

Werner Benecke

Anders als den meisten Völkern Ost- und Ostmitteleuropas hatten der Erste Weltkrieg und die ihm folgenden militärischen Auseinandersetzungen den Ukrainern nicht den Weg zu einem unabhängigen Nationalstaat geebnet. Das von vielen kämpfenden Parteien beanspruchte Territorium wurde letztlich im polnisch-sowjetischen Friedensvertrag vom März 1921 geteilt: Dem im Wiederentstehen begriffenen polnischen Staat trug dies eine nach Millionen zählende nationale Minderheit im Südosten des Landes ein, während der weitaus größere Teil seit 1922 als Ukrainische SSR zum Bestand der Sowjetunion zählte. Die ukrainische Frage, für keine der beteiligten Seiten zur Zufriedenheit gelöst, blieb ein schwelendes Problem, mit dem sich nicht nur die unmittelbar Betroffenen auseinandersetzen mußten.

Auf mehr als einer Ebene unterhielt dabei auch das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg besondere, vielfach aus guten Gründen verdeckte Beziehungen zu politischen Kräften, deren Fernziel die Errichtung eines unabhängigen ukrainischen Nationalstaats war. Mitunter waren die Wege zwischen jenen Kräften und der Reichsregierung kurz, denn Berlin, die „Stiefmutter unter den russischen Städten“¹, war in den Jahren der Weimarer Republik nicht nur eines der größten europäischen Zentren der russischen Emigration, die deutsche Hauptstadt war ebenso der Ort, an dem eine Vielfalt ziviler und militärischer Repräsentanten der ukrainischen Nationalidee ansässig war und Kontakte zu offiziellen deutschen Regierungsinstitutionen suchte.² Neben dem Reichswehrministerium war das Auswärtige Amt einer jener Orte, an denen die Anliegen ukrainischer politischer Vertreter auf Interesse und Wohlwollen, im besten Fall gar großzügige Förderung stießen. Das deutsche Interesse

¹ KARL SCHLÖGEL: Berlin: „Stiefmutter unter den russischen Städten“, in: Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, hrsg. von KARL SCHLÖGEL, München 1994, S. 234–259.

² Auf die Besonderheiten der ukrainischen politischen Emigration verweist FRANK GOLCZEWSKI: Die ukrainische und die russische Emigration in Deutschland, in: Russische Emigration in Deutschland 1918–1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, hrsg. von KARL SCHLÖGEL, Berlin 1995, S. 77–84.

an bestimmten Repräsentanten des politischen Lebens der Ukraine hatte dabei weniger mit der Vision des eigenständigen Nationalstaates zu tun, der viele im Exil aktive ukrainische Politiker anhingen. Worauf das Auswärtige Amt viel eher seine Aufmerksamkeit richtete, war das große Konfliktpotential, das die ukrainische Minderheit im wiederentstandenen polnischen Staat darstellte.

Die Wiedererrichtung der Polnischen Republik war für das Deutsche Reich eine nur höchst widerwillig akzeptierte Tatsache. Die Provinzen Westpreußen und Posen waren ohne Volksabstimmung dem Territorium der Rzeczpospolita zugeschlagen worden, und die den Zeitgenossen wohlbekannte Warnung Bismarcks, „Preußens beste Sehnen nicht zerschneiden zu lassen“³, war Realität geworden: Ostpreußen war vom restlichen Gebiet Deutschlands abgetrennt. Auch im schwerindustriellen Zentrum Oberschlesien trafen polnische und deutsche Forderungen gewaltsam aufeinander, die 1921 zur überaus umstrittenen Teilung der Provinz führten.

Jahrzehntelang hatten Preußen und das Reich in den Regionen mit hohem polnischen Bevölkerungsanteil eine gezielte Siedlungs- und Anwerbungspolitik betrieben, welche die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten der Deutschen verändern sollte. Letztlich war sie ohne den beabsichtigten Erfolg geblieben,⁴ doch im Bewußtsein, nun über das moralische Recht und – gestützt auf den Versailler Vertrag – die notwendige rechtliche Handhabe zu verfügen, suchte Polen seinerseits die Ergebnisse dieser Siedlungspolitik rückgängig zu machen. In weit überdurchschnittlichem Maße wurde Grundbesitz in deutscher Hand zur Parzellierung herangezogen, verloren deutsche Beamte ihre einst herausragenden, vom Reich mit großzügigen Ostmarkenzulagen dotierten Funktionen, wurde der alltägliche Kampf um Sprache und Schule unter entgegengesetztem Vorzeichen wiederaufgenommen. Mehrere hunderttausend Deutsche, nun Angehörige einer nationalen Minderheit in einem fremden Staat, verließen Polen in Richtung Westen. Um die Frage der Staatsangehörigkeit dieser Personen und ihres Eigentums entspann sich ein jahrelanger, mitunter extrem emotionalisierter Konflikt zwischen den beiden Nachbarstaaten. Das Reich versuchte, durch eine mehr oder minder erfolgreich verdeckte materielle Stützung der deutschen Minderheit in Polen diesen

³ Schreiben an die Magdeburger Zeitung vom 20. April 1848.

⁴ RUDOLF JAWORSKI: Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871–1914), Göttingen 1986 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 70); MATHIAS NIENDORF: Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900–1939, Wiesbaden 1997 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, 6).

Prozeß zum Stillstand zu bringen, um die deutschen Revisionsforderungen weiterhin ethnisch untermauern zu können.⁵

Mehr als das: Nicht zu Unrecht galt Polen der zivilen und militärischen Führung Deutschlands als der wichtigste Verbündete Frankreichs und somit als Garant der Versailler Ordnung. Der berühmte Ausspruch Hans von Seeckts, des Chefs der deutschen Heeresleitung, brachte im Jahre 1922 eine weitverbreitete Ansicht auf den Punkt:

„Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe. (...) Mit Polen fällt eine der stärksten Säulen des Versailler Friedens, die Vormachtstellung Frankreichs. Dieses Ziel zu erreichen, muß einer der festesten Richtungspunkte der deutschen Politik sein, weil er ein erreichbarer ist.“⁶ Mochte nicht jede politische Kraft die schiere Existenz Polens als unerträglich ansehen, so war doch die Forderung nach Revision der Ostgrenzen ein durchgängiges Ziel der Weimarer Außenpolitik, die Ablehnung des abschätzig betrachteten „Saisonstaates“ Polen ein Element des – nicht eben reichen – Grundkonsenses der politischen Landschaft der 1920er Jahre.

Polen selbst durchlief zu dieser Zeit eine komplizierte Konsolidierungsphase: Nicht ohne Probleme wuchsen Gebiete zusammen, die seit 1921 den gemeinsamen Namen ‚Polen‘ trugen, die aber in der mehr als hundertjährigen Zeit der Teilung sehr unterschiedliche wirtschaftliche, rechtliche, infrastrukturelle und kulturelle Entwicklungen genommen hatten. Diese Konsolidierung so schwer wie möglich zu machen, dabei die inneren Probleme Polens zu erhalten und zu verschärfen, sollte sich als eine ernstzunehmende Variante deutscher Revisionspolitik erweisen. Eines der größten in diesem Sinne nutzbaren Konfliktpotentiale war jenes der ukrainischen Minderheit in Polen.

Mit der Entscheidung des alliierten Botschafterrates vom 15. März 1923 hatte die Polnische Republik die international sanktionierte Souveränität über alle ehemals russischen und österreichischen Territorien in ihrem Bestand erhalten. Die Volkszählung des Jahres 1931 wies bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 32 Millionen offiziell 4463000 Staatsbürger aus, die nach Muttersprache und Konfession zur ukrainischen Nationalität gezählt wurden; die Ukrainer stellten damit die mit Abstand größte nationale Minorität in Polen.

⁵ ANDRZEJ GULCZYŃSKI: *Ministerstwo byłej Dzielnicy Pruskiej (1919–1922)* [Das Ministerium für das ehemalige Preußische Teilungsgebiet], Poznań 1995; RICHARD BLANKE: *Orphans of Versailles. The Germans in Western Poland 1918–1939*, Lexington 1993; ALBERT S. KOTOWSKI: *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939*, Wiesbaden 1998 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 23).

⁶ Zitiert nach FRANCIS L. CARSTEN: *Reichswehr und Politik 1918–1933*, Köln 1964, S. 146.

Den Entscheid der Alliierten hatte beeinflußt, daß der Sejm am 26. September des Vorjahres ein Gesetz über die allgemeinen Grundlagen der Selbstverwaltung angenommen hatte, das für die Wojewodschaften Lwów, Stanisławów und Tarnopol einige autonome Sonderrechte reservierte – der am stärksten umstrittene Einzelpunkt war die Zusage, auf Staatskosten eine ukrainische Universität einzurichten.⁷ Ohnedies galten für die nationalen Minderheiten in Polen die Bestimmungen des Versailler Vertrages zwischen den Alliierten und Polen, in dem jene der noch nicht konsolidierten Republik weitreichende Minderheitenschutzklauseln auferlegt hatten, die in den Rang von unkündbaren, der Verfassung vorgeordneten rechtlichen Leitlinien erhoben worden waren und der Garantie des Völkerbundes unterstanden.⁸ Der Umgang mit den nationalen Minderheiten war mithin keineswegs eine innere Angelegenheit des souveränen polnischen Staates. Polen, das nach über hundertjähriger Erfahrung der Staatenlosigkeit nun eine besonders geschärfte Wahrnehmung für die vermeintliche oder tatsächliche Infragestellung seiner Souveränität und Integrität entwickelt hatte, empfand diese Vorbehalte als unnötige und diskriminierende Eingriffe, was die Rezeption der Minderheitenfrage bis zur einseitigen Kündigung der Klauseln 1934 maßgeblich beeinflusste. Die 1922 formulierten Sonderrechte für die drei südöstlichen Wojewodschaften – insbesondere die ukrainische Universität – wurden nicht realisiert, im Gegenteil: 1924 fixierten die unter der Ägide des Kultusministers Stanisław Grabski formulierten Schul- und Sprachgesetze die Vorrangstellung der polnischen Staatssprache in den öffentlichen Schulen. Im selben Jahr begann die wirksame Abriegelung der östlichen Staatsgrenze durch eine neu aufgestellte Grenzschutztruppe, das KOP.⁹

Nicht ohne guten Grund betrachteten die polnischen Regierungen der Zwischenkriegszeit die hier beschriebenen Territorien als einen wunden Punkt des nationalen Sicherheitsempfindens.¹⁰ Die Teilung des ukrainischen Siedlungsgebietes zwischen Polen und der Ukrainischen SSR hatte eine klassische Irredentasituation entstehen lassen: Wohl hatte die spätere Sowjetunion im Frieden von Riga (18. März 1921) den Grenzverlauf offiziell anerkannt, sie machte aber im Laufe der 1920er Jahre vernehmlich und wiederholt deutlich, daß ihr

⁷ Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej [Gesetzblatt der Polnischen Republik] 1922, poz. 829.

⁸ Ebenda 1920, poz. 728.

⁹ Korpus Ochrony Pogranicza [Korps zum Schutz des Grenzlandes], vgl. HENRYK DOMINICZAK: Granica wschodnia Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1919–1939 [Die Ostgrenze der Polnischen Republik in den Jahren 1919–1939], Warszawa 1992, S. 102 ff.

¹⁰ WERNER BENECKE: Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918–1939, Köln 1999, S. 41 ff. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 29).

das Schicksal der polnischen Staatsangehörigen ukrainischer Nationalität alles andere als gleichgültig war.¹¹

Die Worte von jenseits der Grenze wurden in Polen vernommen: Nach den katastrophalen Einbrüchen des 1921 beendeten Bürgerkrieges war die junge Sowjetrepublik mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ in eine Phase des erstaunlich erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus eingetreten. Insbesondere die sowjetische Agrarpolitik steuerte einen Kurs, der den bäuerlichen Gerechtigkeitswartungen einige Jahre lang recht nahe kam, denn sie ließ die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes unangetastet, zwang die Bauern aber nicht in staatliche oder genossenschaftliche Kollektivwirtschaften. Die „Neue Ökonomische Politik“, die unterhalb der „Kommandohöhen der Volkswirtschaft“¹² eine Vielfalt privater wirtschaftlicher Betätigung zuließ, wurde im kulturellen Sektor von der *korenizacija* begleitet und ergänzt. Hinter diesem Schlagwort, vom russischen Wort *koren* (Wurzel) abgeleitet, verbarg sich die Absicht, über die Förderung nationaler Elemente im Bereich von Sprache und Bildung eine möglichst große Zahl junger, der örtlichen Bevölkerung entstammender Kader auszubilden, deren idealiter proso-wjetische Orientierung den politischen Zusammenhalt des Vielvölkerstaates befördern sollte. „National in der Form – sozialistisch im Inhalt“ war das Schlagwort der *korenizacija*, deren Erfolge auch außerhalb des sowjetischen Machtbereiches aufmerksam registriert wurden. In der Tat erlangte für einige Jahre der Begriff ‚sowjetisch‘ – auch und gerade unter den nationalorientierten Kräften außerhalb der UdSSR – bei aller Kritik an der bolschewistischen Einparteiherrschaft den Beiklang von ‚sozialer Gerechtigkeit‘ und ‚nationalem kulturellen Freiraum‘.

Doch nicht die auf internationalem Parkett vorgebrachte Fürsprache der UdSSR, auch nicht die Wahrnehmung der vermeintlich besseren Zustände im Land des „Nachbarn“ allein schärfen das Sicherheitsempfinden Warschaus. Unzufrieden mit der Situation ihrer Landsleute in Polen hatten sich politisch engagierte Anhänger des ukrainischen Nationalgedankens sowohl in Polen als auch in der Emigration zusammengefunden, um ihren Widerstand gegen die Integration der ethnisch ukrainisch dominierten Landesteile in den polnischen Staat zu manifestieren. Die Bandbreite dieses Widerstandes reichte von legaler, fallweise kompromißbereiter parlamentarischer Opposition bis zu gewalt-samem paramilitärischem Separatismus, dessen Anhänger vor Brandstiftung

¹¹ Dokumenty i materiały do stosunków polsko-radzieckich, t. IV: kwiecień 1921–maj 1926 [Dokumente und Materialien zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen, Bd. IV: April 1921–Mai 1926], Warszawa 1965, passim; Dokumenty wnejszej polityki SSSR, t. IV: 19. marta 1921 g. – 31. dekabrya 1921 g. [Dokumente der auswärtigen Politik der UdSSR, Bd. IV: 19. März 1921–31. Dezember 1921], Moskva 1960, passim.

¹² Der von Lenin in einer Rede vor dem 4. Kongreß der Komintern im November 1922 geprägte Begriff bezeichnete das Finanz- und Bankenwesen, die staatlichen Verkehrsbetriebe, den Außenhandel sowie große und mittlere Industriebetriebe.

und vielfachem Mord nicht zurückschreckten.¹³ In vielen Fällen führten Verbindungen diverser Gruppierungen in die Zentren der ukrainischen Organisationen in Europa – nach Prag und Wien, und auch nach Berlin.

Einige Kreise der ukrainischen Emigration suchten in der deutschen Hauptstadt Kontakte zu Regierungsinstitutionen, wobei sie zum Teil an bereits bestehende Verbindungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges anknüpfen konnten. Es war zu dieser Zeit kaum mehr die Vision eines ukrainischen Nationalstaates, die die Interessen beider Seiten zusammenband; die geschlagene Großmacht Deutschland hatte sich auf vorsichtigere Varianten politischer Einflußnahme innerhalb der neuentstandenen Grenzen zu bescheiden. Hierbei übernahm das Auswärtige Amt nun die Initiative.

Die erste Ebene, auf der das deutsche Außenministerium direkt in die Geschehnisse im östlichen Polen einzugreifen versuchte, war jene der Publizistik. Auf Initiative des jüdischen Anwaltes Izhak Grünbaum hatte sich vor den Sejmwahlen des Jahres 1922 ein parlamentarischer „Block der nationalen Minderheiten“ formiert, in dem sich Kandidaten der deutschen, der ukrainischen, der weißrussischen und der jüdischen Minderheit zu einem politischen Zweckbündnis zusammenschlossen. Um den Einfluß der Wilhelmstraße geltend zu machen, nutzte der deutsche diplomatische Dienst einen Kanal, der auch im folgenden mehrfach Kontakte in die Ostregionen Polens gewährleisten sollte: die parlamentarische Vertretung der deutschen Minderheit. Eine Woche nach der Konstituierung des Blocks berichtete der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher,¹⁴ am 23. August 1922 an das Auswärtige Amt:

„Streng geheim! Wie bereits telegraphisch gemeldet [...] hat sich am Donnerstag, dem 17. d. Mts. der Block der nationalen Minderheiten konstituiert. Dadurch wurde aber nach der dringlichst geäußerten Ansicht sämtlicher deutscher Herren sofort die Frage nach der Unterstützung der ukrainischen und russischen Minderheiten hinsichtlich der zu gründenden Zeitungen akut. Nach der Überzeugung aller Kenner der Verhältnisse, war es notwendig, sofort mit den hierzu nötigen Vorbereitungen zu beginnen, um rechtzeitig in den Wahlkampf eingreifen zu können und vor allem, um zu verhindern, daß die von Regierungsseite und mit Regierungsgeld aufgezogenen „Minderheits-Komitees“ der Ostgegenden unter der urteilslosen Bevölkerung nicht Fuß fassen können. [sic] Ich habe daher auf die dringende Bitte unserer deutschen Vertreter hin mich entschlossen, von den in Berlin bereitgestellten 1 1/2 Millionen Reichsmark zu Händen des Herrn Sejmabgeordneten Hasbach sofort 5 Millionen Polenmark auszugeben. [...]

Schließlich ist nicht Warschau zum Erscheinungsort einer Zeitung gewählt worden, [...] sondern man hat sich zu mehreren kleinen Zeitungen entschlossen, die sowohl ih-

¹³ Die in Polen mit besonders geschärfter Wahrnehmung beobachtete kommunistische Bewegung beschreibt JANUSZ RADZIEJOWSKI: *The Communist Party of Western Ukraine 1919–1929*, Edmonton 1983; übergreifend: RYSZARD TORZECKI: *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923–1929* [Die ukrainische Frage in Polen in den Jahren 1923–1929], Kraków 1989.

¹⁴ Zur Person Rauschers KURT DOSS: *Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Rauscher. Deutscher Gesandter in Polen 1922–1930. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1984.

res Niveaus als ihres Erscheinungsseries wegen der zu erfassenden Bevölkerung näher stehen. [...] Angesichts der unbedingten Dringlichkeit und da es sich bei der Gründung des Minderheitenblocks um den für uns bedeutsamsten politischen Vorgang in Polen handelt, bitte ich ergebenst, die erfolgte Auszahlung von 5 Millionen Polen Mark [sic] nachträglich genehmigen zu wollen und mich zu ermächtigen, im Lauf der nächsten Woche nochmals 5 Millionen zu Händen der deutschen Minderheit für die russische Minderheit auszuzahlen. Den Rest werde ich für dringliche Fälle zurückbehalten.

Ich möchte nicht verfehlen, um unbedingt streng vertrauliche Behandlung dieses Gegenstandes zu bitten. Wir haben alles getan, um die Herkunft des Geldes zu verschleiern und Mitwisser nach Möglichkeit auszuschließen. Selbst in der Gesandtschaft ist der Vorgang nur mir und dem Kanzler bekannt. Würde eine Hingabe des Geldes in Polen bekannt werden, so wäre das ein nie wieder gut zu machender Schlag nicht nur gegen die Gesandtschaft, sondern auch gegen den von den polnischen Parteien perhorrescierten und gefürchteten Minderheitenblock.¹⁵

Der deutscherseits geförderten Pressearbeit blieb bis zu den Sejmwahlen im November 1922 wenig Zeit. Zwar zog der Minderheitenblock mit 66 Abgeordneten und 22 Senatoren in den ersten Sejm ein, in den Wojewodschaften Lwów, Stanisławów und Tarnopol war allerdings der von den Exilukrainern empfohlene Wahlboykott recht geschlossen befolgt worden. Ob die von Rauscher freigegebenen Summen das Wahlergebnis tatsächlich beeinflußt haben, läßt sich nicht rekonstruieren.

Um der publizistischen Einflußnahme eine dauerhafte Gestalt zu geben, beteiligten sich das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium an der Finanzierung der „Osteuropäischen Korrespondenz“, eines zwischen 1924 und 1930 alle zwei Wochen in Berlin erscheinenden Nachrichtenbulletins, dessen Aufgabe die Verbreitung von Informationen über Deutschland in den Siedlungsgebieten der nationalen Minderheiten in Polen war.¹⁶ Ebenso sollte die „Osteuropäische Korrespondenz“ die internationale Öffentlichkeit über die „wahre Lage der Minderheiten v. a. in Polen“ informieren und als „Kontaktstelle zwischen Deutschen, Ukrainern, Weißruthenen und Litauern in Polen und im Ausland“ mit dem Ziel der Koordinierung jener Interessen, „die diese Völker gemeinsam gegen Polen zu schützen haben“, fungieren.¹⁷

Wie im Falle der von Ulrich Rauscher unterstützten Pressearbeit des Minderheitenblocks sind Wirkung und Reichweite der „Osteuropäischen Korrespondenz“ kaum zu bestimmen. Als ihr das Auswärtige Amt im Jahre 1930 das Zeugnis ausstellte, ein „Propagandazentrum des deutschfreundlichen Teils der ukrainischen Minderheit in Polen“ zu sein und weiterhin durchaus wertvolle Beiträge für die deutsche Beobachtung der Minderheitenbewegung zu liefern¹⁸, hatte das deutsche Interesse an der ukrainischen Minderheit in Polen seinen Höhepunkt bereits überschritten. Indes mußten einige Mitarbeiter des Aus-

¹⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig zit. PAA) R 81959 Az IV a Po 11064.

¹⁶ PAA R 30767k Pol. 3 Az zu IV Po 2297.

¹⁷ PAA R 30787 Pol. 6 Geheimakten 124/5.

¹⁸ PAA R 30767k Pol. 3 Az zu IV Po 2297.

wärtigen Amtes die „Osteuropäische Korrespondenz“ ohnedies nicht heranziehen, um über bestimmte Vorgänge in den drei südöstlichen Wojewodschaften Polens informiert zu sein. Vielmehr hätte das deutsche Außenministerium in dieser Hinsicht selbst einiges an Informationen liefern können.

Am 9. Dezember 1924 informierte Erich Zechlin, Oberregierungsrat in der Abteilung IVa im Auswärtigen Amt (Osteuropa und Skandinavien), den deutschen Konsul in Krakau, Theodor Freiherr von Hahn, über die Vorsprache eines ukrainischen Gastes in der Wilhelmstraße. Der Besucher, Dr. Oleksander Maritzak, habe die deutsche Haltung zur ukrainischen Frage generell sondiert, wobei er durchblicken ließ, daß ihm – insbesondere unter Verweis auf die strittige Frage der ukrainischen Universität – eine polnisch-ukrainische Versöhnung ausgeschlossen erscheine.¹⁹

An Persönlichkeiten des ukrainischen öffentlichen Lebens, die eine gefestigte oppositionelle Haltung dem polnischen Staat gegenüber vertraten, hatte das Auswärtige Amt ein lebhaftes Interesse: Bereits am 31. Januar 1925 berichtete Hahn an die Wilhelmstraße, daß es in Lemberg zu einem persönlichen Treffen mit Vertretern der ukrainischen Minderheit in Polen gekommen sei. Maritzak habe in Begleitung eines Dr. Holubovyč²⁰ die Bitte an die Reichsregierung ausgesprochen, eine ukrainische Partia Trudova (Arbeitspartei) finanziell – nach Möglichkeit mit monatlich 3000 \$ – zu unterstützen. Mit diesem Geld solle v. a. eine „Pressearbeit im scharf antipolnischen Sinne“ betrieben werden. Hahn verweigerte diese Unterstützung nicht generell, empfahl dem Auswärtigen Amt aber, gegebenenfalls genaue Kontrollen über ausgezahltes Geld zu führen.²¹ Mit diesem Schriftwechsel beginnen die Aufzeichnungen, die einen bis dato nicht genutzten Kanal deutscher Polenpolitik nachweisen, nämlich die finanzielle Stützung einer legalen politischen Partei der ukrainischen Minderheit.

Das wohlwollende, aber zunächst noch zurückhaltende deutsche Interesse wuchs merklich, als sich die Ukrainska Partia Trudova gemeinsam mit anderen organisierten Vertretern des öffentlichen ukrainischen Lebens in Polen am 11. Juli 1925 zur Ukrainske Natsionalno-Demokratyčne Obiednannia (UNDO),

¹⁹ PAA R 81833 Pol. 3 Az zu IV Po 126.

²⁰ Die bisherige politische Karriere beider Gesprächspartner des Konsuls war mit der kurzen Geschichte der „Westukrainischen Volksrepublik“ verbunden: Sydir Holubovyč war Justizminister des nie konsolidierten Staates gewesen, Oleksander Maritzak Präsidiumsmitglied der Ukrainska Partia Trudova, die nach 1919 den öffentlichen Protest gegen die Integration der drei südöstlichen Wojewodschaften und gegen den Botschafterbeschluß des Jahres 1923 maßgeblich formuliert hatte. Die „Westukrainische Volksrepublik“ war der kurzlebige Versuch, einen ukrainischen Staat aus der Erbmasse der zerbrechenden k.u.k. Monarchie zu formen. Im November 1918 wurde die Republik unter der Führung des Juristen Jevhen Petruševyč in Lemberg proklamiert, bis zum Mai 1919 aber von polnischen Truppen in verlustreichen Kämpfen vollständig erobert.

²¹ PAA R 81833 Pol. 3 Az IV Po 1703.

der Ukrainischen Nationaldemokratischen Vereinigung, zusammenschloß. Wie sich bald herausstellen sollte, hatte das Deutsche Reich zu keinem unbedeutenden Partner Kontakt aufgenommen: Die UNDO entwickelte sich binnen weniger Jahre zur größten legalen politischen Kraft der ukrainischen Minderheit in Polen.²² Allein in dem Sejmwahlen des Jahres 1928 vereinigte sie etwa 50 % der ukrainischen Stimmen auf sich und erlangte 23 Mandate im Sejm und 9 im Senat.

Einige Punkte des Gründungsprogramms der UNDO stießen auf das besondere Interesse Berlins; so stellte die größte ukrainische Partei in Polen als politische Ziele u. a. auf:

„ – (2): Erhaltung und Ausbreitung einer ‚nationalen Front‘ unter den Ukrainern im polnischen Staat, damit die westukrainischen Länder gegen Polen geschlossen auftreten.

– (4): Wenn auch die heutige Lage in der Räte-Ukraine sich nicht deckt mit der Ideologie der UNDO, so betrachten wir die Räte-Ukraine dennoch als Etappe zum geeinten unabhängigen ukrainischen Staate, welcher unter dem Druck der aufgeklärten Masse des gesamten ukrainischen Volkes verwirklicht werden wird.

– (5): Eine der Hauptgrundlagen der Organisation ist die Verbindung einer Auslandsrepräsentation mit der Arbeit im Lande.“²³

Ein Partner, dessen Grundhaltung der Sowjetukraine gegenüber distanziert, doch generell positiv war, paßte in das Kalkül der Berliner Außenpolitik jener Zeit: Auch Deutschland praktizierte – bei aller Ablehnung des Räteystems – erfolgreich eine vielfältige Kooperation mit dem Sowjetstaat, dessen Verhältnis zu Polen nicht minder gespannt war als das Deutschlands.²⁴

Vor diesem Hintergrund war es folgerichtig, daß das Auswärtige Amt die finanzielle Unterstützung jener in Berlin ansässigen ukrainischen Emigranten einschränkte, die ihr politisches Tätigkeitsfeld vor allem in der Sowjetukraine sahen. Pavlo Skoropads'kyj etwa, der nach Berlin geflohene Verbündete des Jahres 1918,²⁵ erhielt im Laufe der 1920er Jahre zwar erhebliche Summen aus

²² TORZECKI (wie Anm. 13), S. 238.

²³ Undatiertes Programm der UNDO, in: PAA R 81833 IV Po 13159, Blatt 222.

²⁴ WOJCIECH MATERSKI: *Tarcza Europy. Stosunki polsko-sowieckie 1918–1939* [Der Schild Europas. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1939], Warszawa 1994; zu der spektakulären Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee: JURIJ LEONT'EVIC D'JAKOV, TAT'JANA SEMENOVA BUŠUEVA: *Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i Rejchsver. Tajnoe sotrudničestvo. 1922–1933. Neizvestnye dokumenty* [Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet. Die Rote Armee und die Reichswehr. Die geheime Zusammenarbeit. 1922–1933. Unbekannte Dokumente], Moskva 1992; MANFRED ZEIDLER: *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993 (Beiträge zur Militärgeschichte, 36); zur Frage der politisch aktiven russischen Emigration in Polen: ANDRZEJ STANISŁAW KOWALCZYK: *Warschau: Die russische Emigration in Polen*, in: *Der große Exodus* (wie Anm. 1), S. 194–217; KOTOWSKI (wie Anm. 5), S. 198ff.

²⁵ Pavlo Skoropads'kyj, ein ehemals kaiserlich russischer Offizier aus einem alten ukrainischen Geschlecht, war von der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine im

den Kassen des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, ebenso investierten mehrere deutsche Stellen in den Aufbau eines „Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes“ in Berlin,²⁶ doch vollzog sich, nachprüfbar anhand der Aufzeichnungen der Wilhelmstraße, eine deutliche Verschiebung des deutschen Interesses zugunsten der UNDO.²⁷

Die Vorstellungen der Ukrainer um Oleksander Maritzak, Sydir Holubovyč und Dmytro Levyč'kyj, den Vorsitzenden der UNDO, trafen auf eine ernstzunehmende deutsche Unterstützungsbereitschaft. Das Deutsche Konsulat Krakau, in dem sich seit der Gründung der UNDO recht regelmäßig Vertreter der Partei zur Erörterung finanzieller und politischer Fragen aufhielten, berichtete am 17. September 1925 nach Berlin, die deutsche Seite möge nach ukrainischen Vorstellungen ein zinsloses Darlehen von 500 000 RM gewähren. Die UNDO wolle das Geld anlegen und von den Zinseinkünften – die Rede war von jährlich 50 000 RM – ihre politische Arbeit finanzieren. Konkret benötigte sie Geld für die Unterstützung von Zeitungen in Łuck und Lemberg (Lwów), für eine wirksame Auslandspropaganda und für die Unterstützung politischer Gefangener in Polen. Es müßten – so der deutsche Konsularbericht – „unbedingt Mittel und Wege gefunden werden, um die verhältnismäßig geringfügige Summe aufzubringen.“²⁸

Für den Januar 1926 läßt sich die Aufnahme deutscher Zahlungen in Höhe von monatlich 3 000 RM nachweisen.²⁹ Sehr zum Ärger der in Polen ansässigen Vertreter der UNDO nahm Berlin den Punkt 5 des Gründungsprogramms, die Verbindung mit der Auslandsrepräsentation, zunächst sehr ernst: Nicht der Vorsitzende, Dmytro Levyč'kyj, sollte über das Geld verfügen, sondern der von der Wilhelmstraße wie von der UNDO anerkannte Auslandsvertreter Jevhen Petruševyč. Petruševyč, der führende Kopf der ehemaligen „Westukrainischen Volksrepublik“³⁰, hatte sich zu Beginn der 1920er Jahre in Berlin niedergelassen und war auch im Auswärtigen Amt kein Unbekannter geblieben. Mit

April 1918 als „Hetman des Ukrainischen Staates“ eingesetzt worden. Skoropads'kyj war bis zum Ende des Krieges ein verlässlicher, wenngleich nur noch wenige Monate amtierender abhängiger Verbündeter des Reiches. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte führte ihn sein Weg nach Berlin, wo er sich – von offiziellen deutschen Regierungsstellen gestützt – der Vertretung ukrainischer Interessen im Exil widmete. Jüngst in deutscher Übersetzung erschienen: Pavlo Skoropads'kyj. Erinnerungen 1917 bis 1918, hrsg. von GÜNTER ROSENFELD, Stuttgart 1999 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 55).

²⁶ CARSTEN KUMKE: Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin. Zwischen Politik und Wissenschaft, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (künftig: JbGO) 43 (1995), S. 218–253.

²⁷ PAA Pol. 3 R 30766k Az IV Po 4676.

²⁸ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 14437.

²⁹ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 907/26. Erstmals ist von Monatsraten die Rede in einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Konsulat Krakau vom 21. April 1926, vgl. PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 4492.

³⁰ Vgl. Anm. 20.

Petruševyč in Deutschland und mit den Vertretern der UNDO in Polen verfügte Berlin somit seit Ende des Jahres 1925 über zwei Kanäle, durch die es seinen Einfluß in den südöstlichen Territorien Polens geltend zu machen versuchte.

Sehr bald entspann sich ein Streit um die Frage, wer über die Verwendung der Mittel zu entscheiden habe. Das Konsulat Krakau, über das die Zahlung der Summen abgewickelt wurde, meldete an die Wilhelmstraße, Petruševyč habe folgende Aufteilung des Geldes verfügt:

- 1000 RM für ukrainische Schulvereine
- 1000 RM für den Verein für Volksbildung
- 500 RM zur Unterstützung der Zeitung „Rada“
- 500 RM für zwei Personen in der Auslandspropaganda der UNDO.³¹

Die UNDO protestierte heftig gegen diese Bevormundung und verwies darauf, daß die deutschen Zahlungen wesentlich sinnvoller in eine wirksame Wahlpropaganda der UNDO investiert werden sollten. Das deutsche Konsulat stärkte die Position der Partei vor Ort, indem es am 1. Februar Berlin erinnerte: „Schließlich haben wir ja nicht nur ein Interesse an der propagandistischen Auslandstätigkeit Petruševyčs, sondern mindestens ebenso wertvoll dürfte für uns die Erhaltung und Schürung der polenfeindlichen Bestrebungen unter den landeingesessenen Ukrainern sein, die ja erst die Grundlage für jene Auslandstätigkeit schaffen.“³²

Künftig teilte das Auswärtige Amt die monatlichen Zahlungen auf in:

- 2000 RM zu Händen der UNDO
- 500 RM für die Zeitung „Rada“
- 500 RM für Korrespondentendienste.³³

Gewiß war die UNDO durch die deutschen Zahlungen kein kritik- und willenloses Instrument der deutschen Außenpolitik geworden, doch mehrere Jahre lang verfolgte man in der Wilhelmstraße mit Wohlwollen, daß die von ihr gestützte größte ukrainische Partei in Polen eine recht zuverlässige Oppositionsrolle spielte. Vehement verwahrte sich die UNDO öffentlich gegen die Rechtmäßigkeit der polnischen Herrschaft in den Wojewodschaften Lwów, Stanisławów und Tarnopol und hielt das politische Fernziel, die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Nationalstaates, der machtpolitischen Realität zum Trotz, weiterhin aufrecht. Immer wieder erinnerte die UNDO Öffentlichkeit und Regierung daran, daß die längst gegebene Zusage einer ukrainischen Universität ebensowenig eingehalten worden war wie die einer angemessenen Beteiligung der ukrainischen Bevölkerung an den Ämtern der lokalen Selbstverwaltung. Im Sejm stießen Gesetzesinitiativen von minderheitenpolitischer

³¹ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 2088.

³² Ebenda.

³³ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 4492.

Relevanz – insbesondere jene, die Fragen der Landreform, des Schulwesens und der Minderheitensprachen zum Inhalt hatten – stets auf die kritische und oppositionelle Haltung der UNDO. Auch daran, daß sich die Ansiedlung einiger Tausend Militärkolonisten in den Ostgebieten der Republik zu einem der am stärksten emotionalisierten Themen der polnischen Innenpolitik der 1920er Jahre entwickelte, hatte die größte legale ukrainische Partei Polens ihren Anteil.

In markigem Tone vermeldete ein im Konsulat Krakau angefertigter Tätigkeitsbericht, die UNDO verfolge zuverlässig ihr Ziel, bei den breiten Volksmassen Unzufriedenheit mit der polnischen Politik hervorzurufen, um „auf diese Weise die Massen für den politischen Kampf vorzubereiten.“³⁴ Die Partei unterhielt bzw. beeinflusste maßgeblich eine Reihe sämtlich in Lemberg erscheinender auflagenstarker Zeitungen wie *Novyj Czas* (Auflage 7000), das Parteiorgan *Dilo* (Auflage 2500–4500), das kostenlos verteilte Blatt *Rada* (Auflage 1930: 1500) und die besonders an die bäuerliche Bevölkerung gerichtete *Svoboda* (Auflage 1930: 2350).

Einen gesonderten Betrag in Höhe von 35000 RM erbat die UNDO beim Konsulat in Krakau im Vorfeld der ostgalizischen Selbstverwaltungswahlen im Jahre 1927: Die Partei beabsichtigte, in allen Wahlkreisen Rechtsanwälte mit der Prüfung der Wahllisten zu beauftragen, was das Mißtrauen der UNDO gegenüber der Rechtmäßigkeit der politischen Praxis in Polen drastisch – und für die Organisatoren der Wahl zeitraubend – unter Beweis stellen sollte. Der deutsche Konsul leitete auch dieses Ansinnen befürwortend nach Berlin weiter.³⁵

Zwei schwere Probleme aber begleiteten den Kontakt zwischen dem Auswärtigen Amt und der UNDO. Zum einen standen einige führende Parteimitglieder dem Gedanken eines Ausgleichs mit der polnischen Staatsmacht nicht so entschlossen entgegen, wie es Berlin gerne gesehen hätte, zum anderen mehrten sich schon früh Anzeichen, daß dieses deutsch-ukrainische Sonderverhältnis den polnischen Sicherheitsbehörden nicht unbekannt geblieben war.

Die ersten in Krakau registrierten Gerüchte, der Vorsitzende der UNDO, Dmytro Levyč'kyj, sei möglicherweise zu einer Annäherung an die polnische Regierungspolitik bereit, datierten aus dem März des Jahres 1927. Wenn Levyč'kyj von der völlig unversöhnlichen Haltung gegenüber Polen abrücke, so das Konsulat an die Wilhelmstraße, müsse sichergestellt werden, daß er nicht allein über die von Deutschland bereitgestellten Mittel verfügen könne.³⁶

Mit dem Zweifel an der Zuverlässigkeit Levyč'kyjs eröffnete sich dem Deutschland gegenüber ultraloyalen Flügel der UNDO eine Chance, die eigene Position zu stärken. Prälat Leontij Kunyc'kyj, der sich dem Auswärtigen

³⁴ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po unleserlich (KO 32204).

³⁵ PAA Pol. 3 R 30765k Az IV Po 5422.

³⁶ PAA Pol. 3 R 30765k Az IV Po 3440.

Amt als Vizepräsident und Generalbevollmächtigter der UNDO präsentierte, führte in einer längeren Unterredung mit dem deutschen Konsul am 17. Mai 1927 aus: „Das Zentralkomitee sei auch bereit, (...) wenn dies deutscherseits ausdrücklich gewünscht werde, Dm. Lewickyj durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen.“³⁷

Diese außerordentliche Loyalitätserklärung allerdings verband Kunyc'kyj mit ebenso außergewöhnlichen Forderungen: Ein monatlich zu zahlender Zuschuß in Höhe von mehreren Tausend Dollar entspräche den finanziellen Bedürfnissen der UNDO. Präzise führte sein bereits im März in Berlin präsentiertes „Anliegen B“ die ukrainischen Vorstellungen auf:³⁸

- | | |
|---|--------------|
| 1) Vertretung in Berlin | mtl. 2000 \$ |
| 2) Informationsbüro in Paris zur Beeinflussung der bisher polonophilen öffentlichen Meinung in Frankreich | mtl. 500 \$ |
| 3) Informationsbüro in London | mtl. 1000 \$ |
| 4) Ausbau der Organisation | mtl. 8000 \$ |
| 5) Zentralkanzlei in Lemberg | mtl. 1000 \$ |
| 6) Presse und Propaganda | mtl. 2000 \$ |

Wenngleich Forderungen in solcher Höhe das bisherige Engagement Berlins zweifellos weit überstiegen, befürwortete der Konsul ihre Genehmigung, vorausgesetzt, deutsche Stellen behielten die Kontrolle über die Verfügung der Mittel. Kunyc'kyj flankierte seine Vorstellungen mit bisher nicht dagewesenen Bekundungen der Treue: „Im übrigen führte er aus, dass sich die UNDO völlig als einen, allerdings zur Zeit sehr schwachen Verbündeten Deutschlands betrachte, und dass sie, zumal wenn sie in der erbetenen Weise gefördert werden sollte, sich nach den ihr bekannt werdenden Wünschen Deutschlands völlig richten werde, auch wenn Deutschland aus Gründen der großen Politik eine Schwenkung der UNDO nach der einen oder anderen Richtung für angezeigt halte, einem entsprechenden Wink stets alsbald Rechnung tragen werde, solange dadurch nicht die auf die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staatswesens gerichteten Ziele der UNDO in Frage gestellt würden.“³⁹

Nichts spricht dafür, daß sich das Auswärtige Amt auf das gewagte Spiel des Vizepräsidenten und Generalbevollmächtigten einließ, und so einfach, wie Kunyc'kyj es dem Auswärtigen Amt gegenüber behauptet hatte, ließ sich der Polen gegenüber verständigungsbereite Flügel der UNDO auch nicht eliminieren. Aufmerksam registrierte die deutsche diplomatische Vertretung, daß einige Mitglieder der UNDO an einem Empfang des Wojewoden von Lemberg teilnahmen, den dieser am 4. September 1927 gab. Der seit einiger Zeit existierende Zweifel, den Berlin an der Zuverlässigkeit des ukrainischen Partners

³⁷ PAA Pol. 3 R 30765k Az IV Po 5422.

³⁸ PAA Pol. 3 R 30765k ohne Az., Bandzählung KO 32733.

³⁹ PAA Pol. 3 R 30765k Az IV Po 5422.

hegte, wuchs weiter. Der kurz darauf in das Krakauer Konsulat zitierte Oleksander Maritzak hatte entgegenzunehmen: „Die Richtung unserer Politik sei ihm ja genügend bekannt, und er müsse sich deshalb sagen, daß die Deutsche Regierung voraussichtlich kein Interesse an der Unterstützung einer ukrainischen Partei haben könne, die ihrem bisherigen Programm der Ablehnung einer Verständigung mit Polen untreu werde.“⁴⁰ „Selbstverständlich werde unklare Haltung der ‚UNDO‘ deutschen Kreisen aller Voraussicht nach das Interesse an dieser Organisation verleiden“, kommentierte wenige Tage später Wilhelm Theodor Erich Wallroth, Ministerialdirektor der Abteilung IVa im Auswärtigen Amt, in einer Antwort an das Konsulat.⁴¹

Der Gedanke an einen vorsichtigen Rückzug aus der verdeckten Finanzierung der UNDO war indes nicht ausschließlich auf schwer zu kalkulierende Veränderungen innerhalb der ukrainischen Organisation zurückzuführen; vielmehr mehrten sich die Anzeichen, daß die Tarnung des deutschen Engagements nicht lückenlos geblieben war. Zechlin schrieb im September 1927 an das Krakauer Konsulat: „Es liegt nun allerdings auf der Hand, daß die maßgebenden Leute der UNDO wissen, woher die Subventionen ihrer Partei stammen; wir selbst haben aber immer peinlich vermieden, die Deutsche Regierung mit diesen finanziellen Transaktionen in Verbindung zu bringen, sondern immer von bestimmten deutschen Kreisen gesprochen, die für die ukrainische Bewegung großes Interesse zeigten und bereit wären, dieser Bewegung auch materielle Unterstützung zukommen zu lassen.“⁴²

In den Akten des Krakauer Konsulates finden sich viele Beispiele dafür, daß der deutsche diplomatische Dienst aufmerksam die Presselandschaft Polens verfolgte und Zeitungsartikel für den internen Dienstgebrauch übersetzte. Bereits am 8. Januar 1926, zu dem Zeitpunkt also, da die regelmäßigen deutschen Zahlungen an die UNDO aufgenommen wurden, vermeldete der Krakauer *Kurjer Codzienny*, es seien deutschsprachige, aus Berlin stammende Instruktionen für eine antistaatliche Organisation aufgefunden worden. Das Konsulat übersetzte: „Diese Instruktion zeigt noch einmal krass, dass Deutschland in Polen sämtliche antistaatlichen Bewegungen inspiriert und die genauesten Pläne dieser Aktion ausarbeitet.“⁴³

Auf bemerkenswerte Weise der Wahrheit nahe war ebenso ein Bericht, den der *Kurjer Codzienny* am 11. Juni 1926 abdruckte: Unter der Titelzeile „Die ukrainischen Chauvinisten bemühen sich schon jetzt in Berlin um Wahlfond (sic)“ vermeldete das Blatt, die UNDO zähle voll auf finanzielle Unterstützung aus Berlin, zweimal hätten vor kurzem hervorragende ukrainische politi-

⁴⁰ PAA Pol. 3 R 30766k Az So III.

⁴¹ PAA Pol. 3 R 30766k Az zu IV Po 9278.

⁴² PAA Pol. 3 R 30766k Az IV Po 9278¹.

⁴³ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 668.

sche Führer die deutsche Hauptstadt besucht, um dort spezielle Summen für nationalistische Propagandaaktionen zu erlangen.⁴⁴

Polnische Stellen waren tatsächlich an konkrete Informationen gelangt, und aller Wahrscheinlichkeit nach spielte dabei das illegale Öffnen und Kopieren des deutschen diplomatischen Schriftverkehrs durch den polnischen Geheimdienst eine wesentliche Rolle.⁴⁵ Doch zunächst nutzte Warschau sein Wissen nicht aus, die deutsche Position öffentlich zu diskreditieren. Dieser Zeitpunkt war erst im Sommer 1930 gekommen, als die latente Spannung in den mehrheitlich ukrainisch besiedelten Wojewodschaften in einem mit massiver Gewalt ausgetragenen Konflikt kulminierte: Mit wechselnder Intensität war hier eine 1920 gegründete paramilitärische Truppe aktiv, die auf die bewaffneten Kräfte der ehemaligen „Westukrainischen Volksrepublik“ zurückging, die *Ukrainska Viiskova Orhanizatsiia*. Die UVO, die unter ihrem führenden Organisator Jevhen Konovalc' unter anderem intensive Kontakte zu Kreisen der Reichswehr pflegte,⁴⁶ trug die Verantwortung für mehrere Attentate auf Personen des öffentlichen Lebens, verübte planmäßige Brandstiftungen und Überfälle auf Postämter und Geldtransporte. Im Jahre 1929 ging die UVO in der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) auf, die sich der Verwirklichung des unabhängigen ukrainischen Nationalstaates auf gewaltsamem Wege verschrieb.⁴⁷

Nach einer Phase relativer öffentlicher Sicherheit begann die OUN – wiederum maßgeblich unter Führung von Konovalc' – eine Welle von Sabotage- und Terrorakten, deren Höhepunkt in den Sommer des Jahres 1930 fiel. Im September begannen daraufhin Polizei- und Armeeeinheiten mit einer mehrwöchigen Strafaktion, der „galizischen Pazifizierung“. Im östlichen Galizien wurden hunderte von Dörfern umstellt und durchsucht, Einrichtungen, die auf Kontakte zur OUN hindeuten konnten, verwüstet und zerstört, 970 Personen wurden festgenommen und der Bevölkerung nach dem Prinzip der kollektiven Verantwortung schwere Einquartierungs- und Requisitionspflichten auferlegt. Auch die UNDO wurde von der Pazifizierung getroffen, ihre Parteizentrale durchsucht, und einige führende Mitglieder, darunter Levyc'kyj, wurden verhaftet.

Das polnische Vorgehen zog international Kreise, ukrainische Exilorganisationen bemühten sich, die Vorgänge in ihrer Interpretation zu publizieren, und der Völkerbund begann – auf Eingaben ukrainischer Vertreter – sich der Sache anzunehmen. Die Republik Polen sah sich in der Position des Angeklagten.

⁴⁴ PAA Pol. 3 R 81834 Az IV Po 6574.

⁴⁵ PAWEŁ KORZEC: Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934), in: *JbGO* 22 (1974), S. 515–555, hier S. 536, Anm. 50.

⁴⁶ PAA Pol. 3 R 30761k Az IV Po 4492.

⁴⁷ STEFAN TROEBST: Nationalismus und Gewalt im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. Terroristische Separatismen im Vergleich, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 1996, Bd. 1, S. 273–314.

Genau zu diesem Zeitpunkt gaben die polnischen Sicherheitsbehörden jene Nachrichten an die Öffentlichkeit, die sie bezüglich der deutsch-ukrainischen Sonderkontakte in ihrer Hand hatten. Ungeschehen ließen sich die Übergriffe während der Pazifizierung damit nicht machen, doch das Vorgehen des Sommers 1930 mochte durchaus in einem anderen Licht erscheinen.

Eine Überraschung war die Preisgabe der kompromittierenden Nachrichten für den deutschen diplomatischen Apparat freilich nicht. Bereits im Februar 1929 ist in einem Gedächtnisprotokoll anlässlich einer deutsch-polnischen Aussprache am Rande einer Ratstagung der Union der Völkerbundsligen vermerkt: „Er (Loewenherz) [der Vertreter Polens, W. B.] meinte, auf die Stimmung in Polen hätte vor allem so belastend gewirkt, daß genaue Daten darüber vorhanden waren, daß deutscherseits die prinzipiellen Feinde resp. Zerstörer des polnischen Staates regelmäßig mit Geldmitteln unterstützt resp. finanziert würden. (Hier muß er wohl die Ukrainer gemeint haben. v. L.) In diesem Zusammenhang brachte er auch einen Satz über eine Spionageorganisation in Berlin, dessen Sinn der Berichterstatter nicht klar erfassen konnte. Es ist möglich, daß er nur sagen wollte, daß die Polen über das, was in Berlin vorgeht, regelmäßig Nachricht erhielten. Überhaupt hatte der Berichterstatter den Eindruck, daß die Polen für den Fall, daß es zu gegenseitigen Angriffen kommen würde, allerhand Material auf Lager hätten.“⁴⁸

In der Tat, die polnische Presse setzte auf dem Höhepunkt der galizischen Ereignisse „allerhand Material“ in Umlauf. Der Pressedienst des Konsulates übersetzte einen extrem gutinformierten Bericht des *Kurjer Codzienny* vom 21. Oktober 1930: „Man sollte Herrn Rat Zechlin fragen, worüber er in dem Büro des Auswärtigen Amtes seinerzeit mit dem stellvertretenden Obmann der UNDO Prälat Kunicki gesprochen hat. Wir würden dann erfahren, auf welche Weise Herr Prälat Kunicki ‚Verständnis‘ auf der deutschen Seite für das politische Programm der UNDO fand und was sich daraus ergab. Der deutsche Konsul in Krakau Herr Rödiger könnte über dieses Thema viel erzählen. Bei dieser Gelegenheit würden wir auch etwas von den Mitteln hören, welche von außerhalb des Staates auf die Sabotage-Aktion eingewirkt haben!“⁴⁹

Nach außen mühte sich das Auswärtige Amt, die an die Öffentlichkeit übergebenen Dokumente als Fälschungen zu qualifizieren. Für den internen Gebrauch aber empfahl es, das Reich solle sich in den künftigen Tagungen des Völkerbundes eher Zurückhaltung auferlegen. Explizit wurde in diesem Zusammenhang auf das Bekanntwerden der deutschen Verwicklung in die ukrainische Frage verwiesen.⁵⁰

⁴⁸ PAA Handakten Direktoren Dirksen R 35801, o. Az. (S. 304–309.)

⁴⁹ PAA Handakten Direktoren Dirksen R 35823 Az IV Po 9376.

⁵⁰ PAA Pol. 3 R 30768k/30769k I Az zu IV Po 2368.

Doch auch in dieser Situation stellte Berlin seine finanzielle Stützung der ukrainischen Minderheit in Polen nicht vollständig ein. Noch vom Oktober 1930 datiert eine „Aufzeichnung über die zur Finanzierung der polnischen Wahlen erforderlichen Summen“, die folgende Auflistung enthält⁵¹:

	gezahlt im Jahre 1928	Vorschlag für 1930
1) Posen und Pommerellen	ca. 9000 \$	8000 \$
2) Lodz, Galizien, Wolhynien	2500 \$	1000 \$
3) Oberschlesien	ca. 20000 \$	10000 \$
4) Ukrainer (und Weißrussen)	60000 \$	1000 \$
5) Danzig	–	1000 \$

Das deutsche Engagement für die ukrainische Minderheit in Polen war offenbar auf eine symbolische Größe reduziert worden, und am 13. September 1931 beendete ein knappes Telegramm des Reichsaußenministers Curtius ein Kapitel deutscher Außenpolitik: „Sollten entgegen meiner Annahme irgendwie geartete Beziehungen mit ukrainischen Kreisen noch bestehen, bitte diese sofort abubrechen. Curtius.“⁵²

In den Materialien des Auswärtigen Amtes versiegen an dieser Stelle die Aufzeichnungen über die Kontakte zwischen dem Deutschen Reich und der ukrainischen Minderheit in Polen. Offenbar scheint die Anordnung des Ministers befolgt worden zu sein, und erst um das Jahr 1937 – nun unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen – begann das deutsche Außenministerium die Verbindungen zu den Ukrainern in der Republik Polen wieder aufzunehmen. Doch nicht das dezidierte Wort Curtius' allein hatte die Wende in der bis dahin verfolgten Politik verursacht.⁵³ Die Gründe dafür waren weit vielfältiger.

Offiziell argumentierte der Verfasser der o.g. Aufstellung, Gesandtschaftsrat Willy Noebel, die deutsche Unterstützung könne deshalb so radikal reduziert werden, weil der 1928 noch einmal wiederbegründete Minderheitenblock zerfallen sei und seinen Einfluß auf das politische Leben Polens verloren habe. Zwar verwies dieser Kommentar ein weiteres Mal auf die deutsche Handlungsfreiheit, nach eigenen Erwägungen Mittel gewähren und verweigern zu können, doch steht völlig außer Zweifel, daß die polnische Seite den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Dokumente geschickt gewählt hatte und so das Reich international gerade auf jenem Parkett kompromittieren konnte, auf dem sich die deutsche Außenpolitik bis dahin in prominenter Rolle bewegt

⁵¹ PAA Büro Staatssekretär R 29532 Az zu IV Po 8660/30.

⁵² PAA Filmnummer D 575694. Telegramm Curtius an Staatssekretär Bülow und Ministerialdirektor Koester vom 13.IX.1931.

⁵³ Zu Curtius' Konzeption einer modifizierten Polenpolitik vgl. ANDREAS RÖDDER: Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn 1996, S. 164 ff.

hatte: im Bereich des Minderheitenschutzes.⁵⁴ Vielfach hatte Polen vor dem Völkerbund darauf verwiesen, daß es keine Gegnerschaft gegen die Gewährung von Rechten an die Minderheiten hege, sehr wohl aber dezidiert gegen jene Gruppen vorgehen müsse, die den Staat prinzipiell negierten.⁵⁵ Diese Position war nun kaum mehr von der Hand zu weisen.

Auch der Einbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 wird die Wilhelmstraße zu einer Überprüfung ihrer politischen Prioritäten gezwungen haben, war doch das Engagement gegenüber der UNDO vorrangig ein finanzielles. Ist zwar im Fall der ukrainischen Minderheit die nahezu völlige Einstellung der Unterstützungszahlungen im Vergleich der Jahre 1928 zu 1930 zu konstatieren, so war der Spielraum der Berliner Außenpolitik auf diesem Felde offensichtlich allgemein einschneidenden Reduzierungen unterzogen worden. Zudem hatte mit dem Tod Gustav Stresemanns im Oktober 1929 das Auswärtige Amt jenen führenden Mann verloren, der in ungebrochener Kontinuität die deutsche Außenpolitik seit 1923 geprägt hatte. Vor allem aber die Ereignisse der Jahre 1929–30, die Welle brutaler Gewalt, welche die südöstlichen Wojewodschaften überrollte, mußten dem Auswärtigen Amt vor Augen führen, wie wenig es Herr der Situation war und am Rande welch eines gefährlichen Terrains die beschriebene Stützung der ukrainischen Minderheit stattgefunden hatte.

Die Gesamtheit dieser Faktoren mag den widersprüchlichen und lauen Kommentar erklären, den Noebel dem o.g. Finanzplan des Jahres 1930 beifügte: „Immerhin besteht noch ein lebhaftes Interesse an der ukrainischen Bewegung, so dass sich eine mäßige Unterstützung auch in diesem Jahre empfiehlt.“⁵⁶

Die beschriebenen Sonderbeziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der UNDO waren gewiß kein besonders prominentes Feld deutscher Außenpolitik; das Ende dieses ungleichen Verhältnisses markierte für keine der beiden Seiten eine charakterverändernde Zäsur. Das deutsche Engagement – so kompromittierend seine Offenlegung war – hatte einen beschränkten Rahmen nie überschritten. Gewiß ist die angegebene Summe von 60000 \$, die für das Wahljahr 1928 ausgewiesen wurde, beachtlich, doch stets war die deutsche Diplomatie dem kleineren Partner mit einem gewissen Maß an Zurückhaltung und Mißtrauen begegnet.

Ebenso wenig war die UNDO allein auf Berlin fixiert oder gar von den deutschen Zuwendungen abhängig. Der Abbruch der Unterstützung ließ die größte legale ukrainische Partei in Polen keineswegs in die politische Bedeutungs-

⁵⁴ BASTIAAN SCHOT: *Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära*, Marburg 1988, S. 132 ff. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 4).

⁵⁵ PAA R 35801 o. Az. „Aus einem Bericht über eine Aussprache mit den Polen in Brüssel anlässlich einer Ratstagung der Union der Völkerbundsligen“ (12. Februar 1929).

⁵⁶ Ebenda.

losigkeit fallen. Gewiß war einerseits das Ausbleiben von Subventionsgeldern in jener Höhe, wie sie die oben angeführte Abrechnung des Auswärtigen Amtes auswies, ein erheblicher Verlust für eine Organisation wie die UNDO. Andererseits gilt es zu beachten, daß die politische Kultur Polens zu eben dieser Zeit einem starken Wandel unterworfen war: Die Innenpolitik des Landes tendierte seit dem ersten Drittel der dreißiger Jahre in immer stärkerem Maße zu einer autoritären Ordnung, in der die Bedeutung politischer Parteien ohnedies abnahm und ihr Wirken, etwa bei der Kandidatenaufstellung für Sejm-, Senats- und Selbstverwaltungswahlen, immer entbehrlicher wurde. Alles spricht dafür, daß der Löwenanteil der deutschen Zahlungen für Wahlkampfzwecke verwendet worden war; Wahlkampagnen aber, wie sie in den 1920er Jahren üblich waren, führte bis 1939 keine politische Partei in Polen mehr. Das Versiegen der Berliner Unterstützung war vor diesem Hintergrund ein geringerer Einbruch, als es die schieren Zahlen anzudeuten scheinen.

Für die 1920er Jahre aber fügte sich die Subventionierung der UNDO folgerichtig in die übergreifende Konzeption deutscher Polenpolitik ein. Im Vorfeld der Verhandlungen von Locarno hatte Gustav Stresemann programmatisch formuliert, die Regierung wolle in dem Bestreben, die alliierte Besetzung des Rheinlandes zu beenden, „die internationale Atmosphäre entspannen, sich dabei im übrigen freie Hand für eine friedliche Änderung der Grenzen im Osten sichern und den Weg der Konsolidierung und Wiederaufrichtung Deutschlands in der Konzentrierung auf das Bestreben der späteren Angliederung deutscher Gebiete im Osten gehen.“⁵⁷

Die Verträge von Locarno entspannten die internationale Situation in der Tat, und sie machten Gustav Stresemann zur überragenden Symbolfigur der deutsch-französischen Verständigung. Aus polnischer Sicht indes war Locarno ein gelungener deutscher Schlag gegen die Sicherheitsinteressen des eigenen Landes, löste das Vertragswerk doch die bisherige Exklusivität des Bündnisses zwischen Paris und Warschau, ohne daß Deutschland eine Garantie der polnischen Westgrenze ausgesprochen hatte.⁵⁸ Im Gegenteil: Der deutsche Außenminister brachte in einer Vielzahl weiterer Äußerungen deutlich zum Ausdruck, nun mit allen nichtmilitärischen Mitteln die Revision der deutschen Grenze gegenüber Polen nachdrücklich betreiben zu wollen und dabei jede innere Schwierigkeit, die die Konsolidierung des polnischen Staates zu erschweren geeignet war, in diesem Interesse zu nutzen. Die Förderung jener Kräfte, die dem polnischen Staat kritisch bis feindlich gegenüberstanden, entsprach dieser Logik; sie war eines jener vage umrissenen ‚nichtmilitärischen Mittel‘.

⁵⁷ GUSTAV STRESEMANN: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von HENRY BERNHARD, Berlin 1932–33, Bd. II, S. 88 ff.

⁵⁸ Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren, hrsg. von RALPH SCHATTKOWSKY, Marburg 1994; hierin insbesondere: FRANK GOLCZEWSKI: Die deutsche Polenpolitik und die Ukraine, S. 115–124.

Nicht ohne Grund setzte die planmäßige deutsche Unterstützung der ukrainischen Repräsentanten, die sich bald darauf zur UNDO zusammenschließen sollten, gegen Ende des Jahres 1925 ein: Die Verständigung mit den Westmächten und die international sanktionierte Zweitrangigkeit der polnisch-deutschen Grenze – mit einem Wort: Locarno – war gelungen und damit der deutschen Außenpolitik ein großer Erfolg beschieden. Vertragsgemäß trat Deutschland nun dem Völkerbund bei und erhielt, seinem Status als Großmacht entsprechend, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat. Fortan verstand es das Reich, das Forum des Völkerbundes zu nutzen, um die Weltöffentlichkeit in seinem Sinne über die Lage der – nicht nur deutschen – nationalen Minderheiten in Osteuropa zu informieren.⁵⁹ Der Umgang Polens mit seinen zahlreichen Minderheiten war dabei, sehr zum Unmut Warschaus, ein vorrangig debattierter Gegenstand.

Zu den weiteren nichtmilitärischen Maßnahmen, die das Deutsche Reich im Interesse seiner Revisionspolitik gegenüber Polen einzusetzen verstand, zählte auch der wirtschaftliche Kampf: Seit dem Juni 1925 setzte der deutsch-polnische Zollkrieg – eine Kette wirtschaftlicher Sperrmaßnahmen, die mit der deutschen Weigerung, weiterhin polnische Steinkohle zu Sonderbedingungen zu importieren, begonnen hatte – die Wirtschaft Polens stark unter Druck. Aus der Perspektive Deutschlands lag nach der Analyse des Auswärtigen Amtes „der wirtschaftliche Verfall Polens klar vor Augen“.⁶⁰

Stresemann selbst teilte in dieser konkreten Situation nicht die Erwartung, fortgesetzter und verschärfter ökonomischer Druck auf Polen allein werde das Land im deutschen Sinne konzessionsbereiter machen,⁶¹ doch ließ er dieses strategische Junktim nicht aus den Augen. Als im April 1926 von britischer Seite angefragt wurde, ob Deutschland eventuell an internationalen Maßnahmen zur Stützung des Złoty-Kurses teilzunehmen bereit sei, riet der deutsche Außenminister in einem Schreiben an den deutschen Botschafter in London zu vorsichtiger Zurückhaltung. Vielmehr konstatierte Stresemann: „Es wird also, in der großen Linie gesehen, unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dau-

⁵⁹ KOTOWSKI (wie Anm. 5), S. 210ff.; BASTIAAN SCHOT: Stresemann, der deutsche Osten und der Völkerbund, Stuttgart 1984 (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, 79).

⁶⁰ Anlage: Die wirtschaftliche und politische Sanierung Polens, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1954 (künftig zit. ADAP), Serie B, Bd. II/1, Göttingen 1967, Dokument 150, S. 367.

⁶¹ Doss (wie Anm. 14), S. 118. Auf die Vielfalt innenpolitischer Faktoren, die die deutsche Polenpolitik in dieser Frage beeinflussten, verweist STEFAN KOWAL: Partnerstwo czy uzależnienie? Niemieckie postawy wobec stosunków gospodarczych z Polską w czasach Republiki Weimarskiej [Partnerschaft oder Überführung in die Abhängigkeit? Deutsche Positionen zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Polen zur Zeit der Weimarer Republik], Poznań 1995 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia, 183); PIOTR MADAJCZYK: Polityka i koncepcje polityczne Gustawa Stresemanna wobec Polski (1915–1929) [Die Politik und politische Konzeptionen Gustav Stresemanns gegenüber Polen (1915–1929)], Warszawa 1991, S. 62ff.

erhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist.“⁶²

Vor diesem Hintergrund gewinnt die merkwürdige deutsch-ukrainische Zusammenarbeit ihren Platz. Sie war ein politisches Mittel in einer Reihe von mehreren, deren Anwendung Polen eine von Deutschland unabhängige, dauerhafte Konsolidierung so schwer wie nur möglich machen sollte. Auch das war Stresemannsche Realpolitik.

⁶² ADAP Serie B, Band II/1. Der Reichsminister des Auswärtigen Stresemann an die Botschaft in London am 19. April 1926, Dokument 150, S. 364.